

STAND 27.05.2013 HAGER

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Angabe der Rechtsgrundlagen

Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBI. I S. 1509);

die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzung sverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBI. I S. 466);

das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 06.02.2012 (BGBl. I S. 148)

§ 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW. S. 256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2011 (GV. NRW. S. 729);

die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.12.2011 (GV. NRW. S. 685).

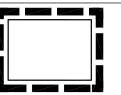
Anmerkung

Soweit bei den Festsetzungen von Baugebieten keine anderen Bestimmungen gemäß § 1 (4) - (10) BauNVO getroffen sind, werden die §§ 2 - 14 BauNVO Bestandteil des Bebauungsplanes.

Zuwiderhandlungen gegen die gemäß § 86 BauO NRW in den Bebauungsplan aufgenommenen Festsetzungen (örtliche Bauvorschriften) sind Ordnungswidrigkeiten im Sinne des § 84 (1) Ziffer 20 BauO NRW und können gemäß § 84 (3) BauO NRW als solche geahndet werden.

Textliche Festsetzungen, Zeichenerklärungen und Hinweise

Abgrenzungen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gemäß § 9 (7) BauGB

Art der baulichen Nutzung gemäß § 9 (1) 1 BauGB



Flächen für Versorgungsanlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken gemäß § 9 (1) 12 BauGB

Zweckbestimmung: Photovoltaikanlagen

Maß der baulichen Nutzung gemäß § 9 (1) 1 BauGB

<u>Höhe baulicher Anlagen</u> gemäß §§ 16 und 18 BauNVO

max. 4 m über Oberkante gewachsener Boden

Geh-, Fahr- und Leitungsrechte gemäß § 9 (1) 21 BauGB



mit Geh- Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

zugunsten des Anlagenbetreibers Grünflächen, Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und

sonstigen Bepflanzungen; Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie deren Gestaltung sowie von Gewässern gemäß § 9 (1) 15, 25a und 25b BauGB

00000000 ••••••

Flächen mit Bindungen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 (1) 25b BauGB

Flächen mit Bindungen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und

<u>sonstigen Bepflanzungen</u> gemäß § 9 (1) 25a BauGB Zur Vermeidung und zum Ausgleich des Eingriffes in das

Landschaftsbild ist es erforderlich, dass die Photovoltaik-Freiflächenanlage überall dort, wo noch keine oder keine ausreichend dichte Gehölzflächen vorhanden ist, durch eine breite, naturnahe, freiwachsende Hecke in die freie Landschaft eingebunden wird.

<u>Fläche 1</u>

Festsetzung eines 10 m breiten Streifens für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Ziffer 25 a BauGB:

Auf der 10 m breiten Fläche ist eine 5-reihige, freiwachsende, naturnahe Hecke aus mehreren heimischen, standortgerechten Straucharten, untergeordnet Baumarten 2. Ordnung anzupflanzen. Die Gehölze sind in einem Pflanzabstand von 1 m in der Reihe und 1 m zwischen den Reihen zu pflanzen.

Mit der äußeren, nördlichen Pflanzreihe ist ein Abstand von 4 m zur angrenzenden landwirtschaftlichen Fläche einzuhalten.

Mit der äußeren, südlichen Pflanzreihe ist ein Pflanzabstand von mindestens 2 m zur Grenze der festgesetzten Pflanzfläche bzw. der Fläche für Photovoltaikanlagen einzuhalten.

Folgende Gehölze sind zu verwenden:

Sträucher: Corylus avellana (Hasel), Cornus sanguinea (Hartriegel), Prunus spinosa (Schlehe), Crataegus monogyna (Weißdorn), Rosa canina (Hundsrose), Euonymus europaeus (Pfaffenhütchen) und / oder Viburnum opulus (Gemeiner Schneeball)

Sorbus aucuparia (Eberesche), Malus sylvestris (Wildapfel), Pyrus communis (Wildbirne) und / oder Prunus avium (Wildkirsche)

Die Sträucher sind als verpflanzte Sträucher mit 3 bis 4 Trieben, Höhe 60 cm -100 cm hoch zu verwenden. Es sind immer 5 bis 7 Sträucher einer Art als Gruppe zusammen zu pflanzen.

Die Bäume sind als Heister, 2 x verpflanzt, Höhe 100 cm – 200 cm zu verwenden und in Gruppen von 1 bis 3 Bäumen zu pflanzen. Zwischen den Baumgruppen sollte ein Pflanzabstand von 15 m – 30 m eingehalten werden.

Fläche 2

Festsetzung eines 15 m breiten Streifens für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Ziffer 25 a BauGB: Auf der 15 m breiten Fläche ist eine 8-reihige, freiwachsende, naturnahe Hecke aus mehreren heimischen, standortgerechten Straucharten anzupflanzen. Die Gehölze sind in einem Pflanzabstand von 1 m in der Reihe und 1 m zwischen den Reihen zu pflanzen. Mit den äußeren Pflanzreihen ist jeweils ein Abstand von 4 m zur Grenze der

festgesetzten Pflanzfläche einzuhalten. Folgende Gehölze sind zu verwenden:

canina (Hundsrose), Euonymus europaeus (Pfaffenhütchen) und /

Sträucher: Cornus sanguinea (Hartriegel), Prunus spinosa (Schlehe), Rosa

oder Viburnum opulus (Gemeiner Schneeball)

Die Sträucher sind als verpflanzte Sträucher mit 3 bis 4 Trieben, Höhe 60 cm – 100 cm hoch zu verwenden. Es sind immer 5 bis 7 Sträucher einer Art als Gruppe zusammen zu pflanzen.

Fläche 3

Auf der Ostseite der Deponie sind die vorhandenen Gehölzflächen so zu ergänzen, dass auch hier eine dichte, breite, Sicht abweisende Eingrünung entsteht. Hinsichtlich Pflanzenarten, Pflanzgröße gelten die Ausführungen unter Ziffer 2 dementsprechend. Die festgesetzte Pflanzfläche ist flächendeckend als Gehölzfläche herzustellen und zu entwickeln.

<u>Fläche 4</u>

Festsetzung eines 6 m breiten Streifens für das Anpflanzen von Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Ziffer 25 a BauGB: Auf der 6 m breiten Fläche ist eine 2-reihige, freiwachsende, naturnahe Hecke aus mehreren heimischen, standortgerechten Straucharten anzupflanzen. Die Gehölze sind in einem Pflanzabstand von 1 m in der Reihe und 1 m zwischen den Reihen zu pflanzen. Mit den äußeren Pflanzreihen ist jeweils ein Abstand von 2,5 m zur Grenze der festgesetzten Pflanzfläche einzuhalten.

Folgende Gehölze sind zu verwenden: <u>Sträucher:</u> Cornus sanguinea (Hartriegel), Prunus spinosa (Schlehe), Rosa canina (Hundsrose). Euonymus europaeus (Pfaffenhütchen) und / oder Viburnum opulus (Gemeiner Schneeball), Ligustrum vulgare (Liguster) und / oder Lonicera xylostheum (Heckenkirsche)

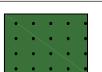
Die Sträucher sind als verpflanzte Sträucher mit 3 bis 4 Trieben. Höhe 60 cm – 100 cm hoch zu verwenden. Es sind immer 5 bis 7 Sträucher einer Art als Gruppe zusammen zu pflanzen.

Festsetzung eines 10 m breiten Streifens für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Ziffer 25 a BauGB: Auf der 10 m breiten Fläche ist eine 5-reihige, freiwachsende, naturnahe Hecke aus mehreren heimischen, standortgerechten Straucharten, untergeordnet Baumarten 2. Ordnung anzupflanzen. Die Gehölze sind in einem Pflanzabstand von 1 m in der Reihe und 1 m zwischen den Reihen zu pflanzen. Mit der äußeren Pflanzreihe nach Osten, zur Photovoltaikfläche hin, ist ein Abstand von 4 m zur Grenze der festgesetzten Pflanzfläche einzuhalten. Zur westlich angrenzenden Waldfläche ist ein Abstand von 2 m einzuhalten.

Folgende Gehölze sind zu verwenden: Sträucher: Cornus sanguinea (Hartriegel), Prunus spinosa (Schlehe), Euonymus europaeus (Pfaffenhütchen) und / oder Viburnum opulus (Gemeiner Schneeball)

Die Sträucher sind als verpflanzte Sträucher mit 3 bis 4 Trieben, Höhe 60 cm -100 cm hoch zu verwenden. Es sind immer 5 bis 7 Sträucher einer Art als Gruppe zusammen zu pflanzen.

Flächen für Landwirtschaft und Wald gemäß § 9 (1) 18a und 18b BauGB



<u>Flächen für Wald</u> gemäß § 9 (1) 18b BauGB

Sonstige Hinweise

Abwasserbeseitigung / Niederschlagswasserbeseitigung nach § 51 a LWG

Für die Entwässerung der Bodendeponie wurde mit Datum vom 08.09.2006 eine was serrechtliche Erlaubnis zur Einleitung des Niederschlagswas sers in den Jöllenbecker Mühlenbach erteilt (neues Az.: 360-41-E-IGL-02-0004). Nach Abschluss der Rekultivierung wird das Niederschlagswasser über eine Geländemulde am südlichen Rand des Verfüllbereichs gesammelt und zurückgehalten, anschließend wird es über Absetzbecken in den Mühlenbach eingeleitet.

Die Deponie wurde nach dem Betrieb mit unbelastetem Bodenaushub verfüllt, so dass es sich bei dem Untergrund um eine unbefestige Fläche handelt.

Für die Aufstellung großflächiger Solarzellen ist zu prüfen, ob das Niederschlagswasser weiterhin schadlos über das Grabensystem ablaufen kann. Sofern Änderungen der Einleitung (Menge, Einleitungsstelle, Absetzbecken) vorgesehen sind, ist die Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen.

<u>Ausführungsplanung</u>

Bei der Planung der Photovoltaik-Freiflächenanlage sollen die "Kriterien für naturverträgliche Photovoltaik-Freiflächenanlagen" gemäß der Vereinbarung zwischen der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft und dem Naturschutzbundes NABU sowie die Ergebnisse und Empfehlungen des Endberichtes "Naturschutzfachliche Bewertung von Freilandphotovoltaikanlagen", F+E-Vorhaben des Bundesamtes für Naturschutz zugrunde gelegt werden.

Dementsprechend ist zur Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes folgendes bei der Planung zu beachten:

1. Grundsätzlich sollte der Eingriff in die Vegetation durch eine Flächen sparende Bauweise so gering wie möglich gehalten werden. Der Versiegelungsgrad sollte maximal 5% betragen.

2. Der Anteil der die Horizontale überdeckende Modulfläche darf 50% der Gesamtfläche der Anlage nicht überschreiten. Durch Freihaltung von ausreichend großen Lücken zwischen den Modulen ist ein ausreichender Streulichteinfall zu gewährleisten. Gleichzeitig können die Lücken für einen dezentralen Wasserablauf genutzt werden.

VERFAHRENSVERMERKE

Die Kartengrundlage entspricht den Anforderungen des

§ 1 der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 in der

Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geome-

Diese(r) Bebauungsplan / Bebauungsplanänderung ist

Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Bielefeld als

Dieser Entwurf hat einschließlich des Textes und der

Begründung und den wesentlichen umweltbezoge-

genen Stellungnahmen in der Zeit vom

bis _____ bis ____

Ausfertigung und Bekanntmachungsanordnung vom

Dieser Plan ist gem. § 10 / §§ 10,12, 13, 13a BauGB

Dieser Bebauungsplan wird gem. § 10 (3) BauGB mit

zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Der Beschluss

des Bebauungsplanes und der Ort der Bereithaltung

dem Text und der Begründung ab_

Sonstige Darstellungen

vorhandenes, eingemessenes

Gebäude mit Hausnummer

Überdachung oder Balkon

Nebenanlage, Garage

mit Flurstücksnummer

vorhandene Flurstücksgrenze

— Flurgrenze und Flurnummer

★ 22 ★ Bemassung (Meter)

und § 7 (1) der Gemeindeordnung NRW vom Rat der

sind dem Textteil beigefügt.

Stand der Kartengrundlage:

z. Zt. gültigen Fassung.

trisch eindeutig.

Stadt Bielefeld

Der Oberbürgermeister

Amt für Geoinformation und Kataster

Entwurf beschlossen worden.

Bielefeld,

Bielefeld,

Vorsitzender

Schriftführer/in

Die Offenlegung wurde am

öffentlich bekannt gemacht.

Bielefeld,

Bauamt I.A.

Stadt Bielefeld

Der Oberbürgermeister

beschlossen worden

Oberbürgermeister

Schriftführer/in

"SOLARPARK DEPONIE NUNNENSIEK"

BEBAUUNGSPLAN NR. II/J 35

NUTZUNGSPLAN

M. 1:1000

DATUM:

VERFAHRENSSTAND:

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS 02.05.12 FRÜHZEITIGE ÖFFENTLICHKEITS BETEILIGUNG 04.06.-22.06.12 ENTWURFSBESCHLUSS 04.09.12 ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG 28.09.-29.10.12 SATZUNGSBESCHLUSS

PLANVERFASSER:

RECHTSVERBINDLICHKEIT

BAUAMT BIELEFELD **TEAM PM 600.4**

BESTANDTEIL DES BEBAUUNGSPLANES:

NUTZUNGSPLAN ZEICHENERKLÄRUNG U. HINWEISE TEXTLICHE FESTSETZUNGEN ANGABE DER RECHTSGRUNDLAGEN

DEM BEBAUUNGSPLAN BEIGEFÜGT SIND: - BEGRÜNDUNG

PLANGEBIET:

WESTLICH DER WESTERENGERSTRASSE, SÜDLICH DER GEMEINDEGRENZE ZU SPENGE

GEMARKUNG/ FLUR:

JÖLLENBECK. FLUR 5 APRIL 2012 KARTENGRUNDLAGE:

1:1000

MAßSTAB:

10 20 30 40 50 m

bekannt gemacht worden. Ausfertigung und Bekanntmachungsanordnung vom _ sind dem Textteil beigefügt.

Bielefeld, Stadt Bielefeld Der Oberbürgermeister Bauamt

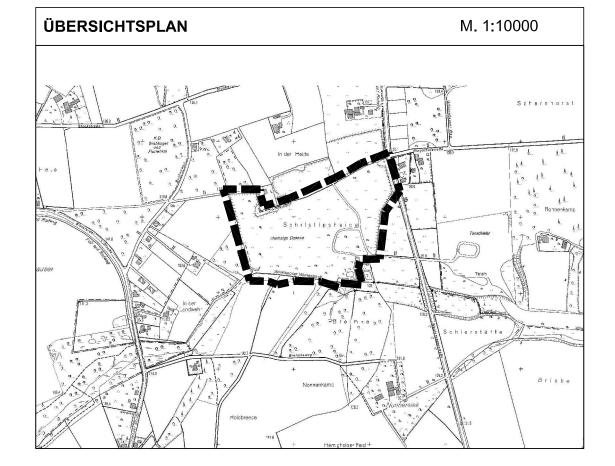
sind am ____

STADTBEZIRK: JÖLLENBECK

STADT BIELEFELD

BEBAUUNGSPLAN NR. II/J 35 "SOLARPARK DEPONIE NUNNENSIEK"

SATZUNG MAI 2013



NUTZUNGSPLAN M 1:1000

II/J 35 "SOLARPARK DEPONIE NUNNENSIEK"